

Netzwerk Lüneburg Sozial!

Thesen zur Lüneburger Wohnpolitik

Der Lüneburger Wohnungsmarkt ist mittlerweile vollständig außer Kontrolle geraten. Hohe und weiterhin rasant steigende Miet- und Kaufpreise bestimmen die Situation und sind Folge mehrerer Ursachen. Zum einen investieren viele Vermögende aufgrund dauerhaft niedriger Zinsen in Immobilien und heizen den Markt immer weiter an, zum anderen gab und gibt es erhebliche Versäumnisse in kommunaler und niedersächsischer Wohnungs- und Baupolitik. „Schwarze Null“ und andere „Sparzwänge“ verhindern öffentlichen Wohnungsbau zu oft oder schränken ihn zumindest ein.

Die Folgen dieser Entwicklung sind dramatisch: Für einen Großteil der Lüneburger*innen und solche, die es werden wollen oder müssen, wird Wohnen zum Luxus und die Wohnungssuche zum Glücksspiel. Dies gilt nicht nur für die Einkommensschwachen und sozial Benachteiligten in der Gesellschaft. Auch Menschen, die unter guten Arbeits- und Tarifbedingungen arbeiten sind mittlerweile gezwungen, oftmals ein Drittel und mehr des verfügbaren Einkommens für ein Dach über dem Kopf zu investieren. Auch regelmäßige Lohnerhöhungen reichen nicht mehr aus, um Mietsteigerungen abzufangen. Eine Abwärtsspirale ist in Gang gesetzt, die sich mit regelmäßigem Reallohnverlust beschreiben lässt.

Das Netzwerk Lüneburg Sozial! hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Politik in Stadt und Land zum Handeln aufzufordern und Druck zu machen für eine gerechte und solidarische Wohnpolitik in Stadt und Kreis.

Folgende Punkte stehen für uns im Fokus dieses Netzwerkes:

1. Wohnraumpolitik ist Sozialpolitik!

Wohnen ist nicht getrennt zu sehen von Arbeit und Daseinsvorsorge. Gute Arbeits- und Lebensbedingen und gut ausgebaute soziale und weitere Infrastruktur sind genauso Bedingung für eine lebenswerte Stadt und Kommune wie das Wohnen selbst.

2. Wohnraumpolitik ist Umweltpolitik!

Zu einer guten Wohnraumpolitik gehören gute Mobilitätskonzepte. Zudem ist eine faire und offene Diskussion über Wohnungsbau unter ökologischen Gesichtspunkten zu führen. Wohnen und Umwelt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hierfür braucht es ein integriertes und interkommunales Stadtentwicklungskonzept.

3. Wohnraumpolitik macht ab sofort auch die Zivilgesellschaft!

Wir verstehen uns als Netzwerk der Lüneburger Zivilgesellschaft und wollen die Politik zu einer echten Wende in der Wohnraumpolitik veranlassen. Wir agieren daher unabhängig von Parteien und Verwaltung. Wir laden alle Menschen und Organisationen in Lüneburgs Stadt und Kreis ein, sich unseren Forderungen anzuschließen und aktiv mitzugestalten. Diejenigen allerdings, die die Menschen unserer Kommunen spalten und gegeneinander aufhetzen wollen und Geflüchtete zu Sündenböcken machen, können nicht Teil unseres Netzwerkes sein.

4. Wohnraumpolitik muss den „Markt“ regulieren, nicht der „Markt“ das Wohnen!

Wohnraumpolitik muss wieder verstärkt eine öffentliche Aufgabe sein. Der private Wohnungsmarkt kennt oftmals nur eine „Regulierung“: den maximalen Profit. Hier gilt es Widerstand zu leisten, gegenzusteuern und das öffentliche Interesse an bezahlbarem Wohnraum wieder über private Profitinteressen zu stellen.